

Hindernisse zu beseitigen. Wenn Sie uns aber unterstützen, so schrecken wir vor keinem Hinderniß zurück, wir werden mit Ihnen stehen, mit Ihnen fallen. Das verspreche ich Ihnen im Namen meiner Freunde. Wir haben den Muth und ergreifen die Zügel, finden wir in Ihnen eine Stütze, so finden wir auch eine Stütze im Kern der Nation. (Lange anhaltender, rauschender Beifall.)

Präsident Löwe: Unsere heutige Tagesordnung ist erledigt. Ich habe nur noch eine Pflicht zu erfüllen, zu erklären: „Die provisorische Centralgewalt hat aufgehört zu existiren. (Großer Beifall.) Ich frage Sie, wann soll die nächste Sitzung sein?“ Man beschließt die nächste Sitzung auf Uebermorgen den 8. Juni, 9 Uhr Vormittags. — Tagesordnung: Wahl des ersten Vizepräsidenten und Berichte des Dreißiger-Ausschusses über die ihm heute überwiesenen dringlichen Anträge. — Schluß halb 9 Uhr Abends.

× **Mittheilung**, 12. Juni. Man hört manchmal: Hätte der König von Preußen die Kaiserkrone angenommen, so würde das Unheil über Dresden, Baden und Rhein-Baiern nicht gekommen sein. Es ist nicht zu leugnen, daß in dieser Behauptung ein klein Bißchen Wahrheit liegt, denn so frühe, jetzt wäre das Unheil nicht gekommen. Und doch kennen diejenigen, welche also reden, das Wesen und die Natur einer Revolution ganz und gar nicht. Schon seit 80 bis 90 Jahren ist Deutschland im Zustande der Revolution; in den Freiheitskriegen ist sie niedergehalten worden; bald nachher, in den zwanziger Jahren, im Jahr 30 riß hier und da der Boden von der Gluthitze und dem Getöse der Revolution auseinander und das Feuer züngelte heraus. Im Jahr 48 schlugen die Blitze und die Donner aus der Erde und aus der Luft, und die Menschen, groß und klein, erbeben.

Hätte der König von Preußen angenommen, so hätten sich die bösen Wetter in die Erde gezogen, um zu seiner Zeit, aber ganz gewiß, wieder herauszufahren und ein furchtbares Erdbeben, wie einst in Lissabon, zu erregen. Da er nun nicht angenommen hat, so ruhmort das Böse, Verderbliche jetzt sogleich fort, und an den Freunden des Guten ist es, mit Gott für Recht, Regierung und Vaterland den Feind zu vertreiben, wenn es möglich ist. Aber austoben, bis zum letzten Wahnsinn austoben muß sich jede Revolution; eher stirbt sie nicht. Freilich kann man darüber streiten, ob sie jetzt schon ihre höchste Stufe erreicht habe. —

Halle, 6. Juni. Seit einigen Tagen ist hier die Cholera, die seit dem Winter bisher nur in sehr milder Form aufgetreten war und in der letzten Zeit sogar fast ganz aufgehört hatte, wieder in heftigerem Grade ausgebrochen. So bedeutend die Zahl der Erkrankten im Verhältniß zur Zahl der Einwohner ist, so ist die Furcht, welche sich in Folge davon überall verbreitet hat, noch weit größer und hat schon zahlreiche Auswanderungen veranlaßt. Am komischsten ist, daß diese Flucht besonders die studierende Jugend befallen zu haben scheint, von der über drei Viertel die Stadt verlassen haben. In einer eigenen Petition wurde sogar der akademische Senat angegangen, die Universität auf einige Zeit zu schließen. Das Generalkonzil hat jedoch einstimmig beschlossen, diesem Wunsche nicht nachzukommen, sondern die Vorlesungen fortzusetzen, — so weit dies freilich bei leeren Bänken möglich sein wird. D. R.

§ Nachstehend theilen wir unsern Lesern ein wichtiges Actenstück mit, welches nicht verfehlt wird, dem noch in Stuttgart forttagenden Theile der weiland Nationalversammlung den letzten Stoß zu geben. Es ist der Aufruf des Württembergischen Ministeriums an das Württembergische Volk.

Das württembergische Gesamt-Ministerium an das württembergische Volk.

Die bisherige deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat in Folge Beschlusses vom 30. Mai d. J. ihren Wohnsitz nach Stuttgart verlegt. Zurückgeführt auf den sechsten Theil ihres vollen Bestandes und fast ausschließlich nur noch eine einzige der im Volke enthaltenen Parteien darstellend, hat die übergestelbte Versammlung in ihrer ersten Sitzung in wenigen Stunden, ohne Debatte, die wichtigsten Beschlüsse gefaßt, unter Anderem den Beschluß, die seitherige Centralgewalt in Frankfurt ab- und eine aus fünf Mitgliedern bestehende Regentenschaft einzusetzen. Diese selbst aber beginnt ihre Wirksamkeit damit, sich den Befehl über die Heere aller deutschen Staaten zuzuerkennen, und läßt, während sie versichert, Alles aufbieten zu wollen, den Bürgerkrieg abzuwenden, bei Keinem, der die Verhältnisse kennt, einen Zweifel übrig, daß ihr Beginnen nur dazu führen kann, „das Gut und Blut Würtbergs in einem brudermörderischen und gegenüber den größeren deutschen Staaten ganz ungleichen Kampfe zu vergeuden, und durch Geldopfer, welche die in Stuttgart neu gewählte Reichs-Regentenschaft zunächst nur von unserem Staate fordern könnte, unseren ohnehin schon tief gesunkenen Wohlstand vollends zu zerrütten.

Wir haben, alle Zweifel an dem rechtmäßigen Fortbestande der Nationalversammlung unerörtert lassend, in ihr nur den einer besseren Zukunft noch fähigen Rest jener politischen Schöpfung sehen wollen, an welche die deutsche Nation ihre schönsten Hoffnungen, ihre wohlbe- rechtigtes Streben nach Einigung und Selbstbestimmung geknüpft hat; nicht verhehlen aber können wir uns, welche gewichtige Bedenken sich

der behaupteten Befugniß der Versammlung entgegen stellen, die durch das Reichsgesetz vom 28. Juni 1848 bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland eingesetzte Centralgewalt mit einer anderen zu vertauschen, und außer allem Zweifel endlich ist es uns daß wir dieser neuen Regentenschaft nicht die Schicksale Würtbergs preisgeben dürfen.

Wir erklären daher, daß wir der aufgestellten provisorischen Regent- schaft das Recht nicht zugestehen, ohne Zustimmung der württembergi- schen Regierung für Württemberg gültige Beschlüsse zu fassen, nament- lich nicht das Recht, über württembergische Streit- und Geldkräfte zu verfügen, und wir vertrauen zu dem im württembergischen Heere und in der Bürgerwehr lebenden Geiste der Ehre und des Pflichtgefühls. Das Heer wird sich nicht verführen lassen, es wird das schmachliche Beispiel des Treubruchs nicht nachahmen. Das Heer und die Bürger- wehr, sie werden ihrer Verpflichtung eingedenk sein, die „Verfassung zu beschützen, dem Geseze Achtung zu verschaffen und die öffentliche Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten.“

Der deutschen Verfassung und Allem, was das deutsche Volk von ihr hofft, auf gesetzlichem Wege durch ausführbare Mitle Geltung zu verschaffen, wird unser vereintes Streben bleiben.

Stuttgart, 8. Juni 1848.

Die Departements-Vorstände:

Römer. Roser. Duvernoy. Schmidlin.

Rüpplin. Goppelt.

Verstehender Erklärung schließen sich die Unterzeichneten durch- aus an.

Im Hinblick auf die zahlreichen Unterschriften, welche unsere An- sprache vom 29. Mai gefunden hat, sind wir überzeugt, daß wir auch heute im Sinne der weit überwiegenden Mehrzahl unserer Mitbürger handeln, und enthalten uns daher die Einwohner der Stadt abermals zu einem unterschriftlichen Beitritt aufzufordern, indem wir der Zu- versicht leben, daß solche, wenn ein Angriff auf Gesetz und Ordnung erfolgen sollte, ihre Gesinnungen durch die That beweisen werden.

Stuttgart, den 8. Juni 1849.

Stadtrath u. Bürgerschaft. Der interimistische Oberbefehlshaber und Commandant der Bürgerwehr.

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 8. Juni. Es ist hier die betrübende Nachricht eingetroffen, daß eine Kanonenkugel den Obersten St. Paul getroffen und getödtet hat. Der Verlust ist schmerzlich, da v. Sachau und De- lius vorher schon gefallen, der Graf D. v. Baudissin noch immer krank darnieder liegt, Deutschland aber höhere Stabsoffiziere in diesem Augen- blick nicht wird entbehren können. Diese vereingelten Opfer, welche so zwecklos dahin gerafft werden, sind, wenn man offen sprechen will, das traurige Resultat des Feldzuges unter dem Generallieut. v. Brittwig, der seit dem 5. Mai, also etwa in vier Wochen, von Weile nach Aarhus, etwa 10 Meilen nordwärts geschritten ist, das Resultat eines Feld- zuges deutscher Heere, die nur auf Execution geschickt zu sein scheinen, weil die Dänen die Ostseehäfen blockiren. Daß dem tapferen deutschen Heere, welches die zerfallene Einheit hier festhält, die Zähne knirschen, ist begreiflich, so wie daß uns Schleswig-Holsteinern das Herz im Busen springt, wenn man bedenkt, daß, wenn General v. Brittwig dem General v. Bonin nach Kolding sofort gefolgt wäre, und Jütland rasch besetzt hätte, der ganze Krieg wahrscheinlich vorbei gewesen wäre. Wie die, von denen General v. Brittwig seine gemessenen Befehle erhält, diesen Feldzug vor ihrem Gewissen, vor dem deutschen Volke und der richtenden Geschichte einst verantworten wollen, darüber läßt sich freilich nichts sagen. H. C.

Frankreich.

Paris, 9. Juni. Die Römische Frage hält die allgemeine Aufmerksamkeit gespannt und man erwartet mit der größten Unge- duld die Entwicklung der Frage. Das heutige „Journ. de Deb.“ spricht von dem Gerüchte, daß das Gouvernement eine telegraphische Depesche empfangen, wonach General Dudinot seine Operationen am 2. begonnen. Es heißt, daß man Bresche geschossen und Sturm ge- laufen habe und daß die Franzosen sich eines Stadtviertels bemächtigt und dort sich festgesetzt hätten. Bei diesem Angriffe sollen die Fran- zosen 150 Mann kampfunfähig gehabt haben, während die Römer 400 Mann an Todten und Verwundeten und 600 Gefangene verloren hätten. Auch sollen schon Friedensanerbietungen Seitens der Römi- schen Versammlung gemacht worden sein und man hoffte, daß dieser erste Erfolg einen friedlichen Abschluß zu Wege bringen würde. Ob- gleich man von diesen Nachrichten heute im Konferenzsaale sprach, schweigen alle Abendblätter noch davon, so daß man noch nicht weiß, in wie fern sie in Wahrheit gegründet sind.

Das Journal „Credit“ berichtet, daß Lessers dreimal gleich nach seiner Ankunft sich im Glysee eingefunden, ohne eine Audienz beim Präsidenten erlangen zu können. Er wurde beim drittenmale mit der Bemerkung abgewiesen, daß der Präsident noch nicht Zeit gefunden, alle seine Depeschen zu lesen, und daß er erst wenn dies ge- schehen ihn empfangen könne. —